

Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zum Thema:
„Antisemitismus in Deutschland“
am 16. Juni 2008

Werner Bergmann

Zur Entwicklung antisemitischer Einstellungen der Bevölkerung

Wir können für die Bundesrepublik in den letzten fünfzig Jahren einen langsamen, aber stetigen Rückgang in der Verbreitung antisemitischer Vorurteile vor allem in den jüngeren Generationen konstatieren. In den letzten Jahren ist das Bild der Meinungsentwicklung allerdings diffuser geworden, ein klarer Abwärtstrend ist nicht mehr zu erkennen. Einstellungen ändern sich gewöhnlich sehr langsam, es kann allerdings aufgrund einer ganzen Reihe von Vorgängen ein negatives Meinungsklima entstehen: etwa durch eine Welle antijüdischer Übergriffe; durch Ereignisse oder Problemlagen, die eine breite Berichterstattung erfahren, so dass es zu einem *Agenda-Setting-Effekt* in der Öffentlichkeit kommt. Man spricht im Falle solcher zumeist kurzfristigen Einstellungsausschläge von einem Periodeneffekt.¹

Die Ergebnisse zweier Studien, die jeweils antisemitische Einstellungen mit einer identischen Antisemitismusskala im Abstand von zehn, fünf bzw. einem Jahr(en) erhoben haben, zeigen ein gemischtes Bild der Einstellungsentwicklung.

Die bisher sechs Jahre umfassende Studie (2002-2007) über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ hat mittels ihrer Kurzsкала aus zwei Items („Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss“ und „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig“) hat zunächst von 2002 auf 2003 eine Zunahme der Zustimmung von 12,7% auf 14,6% gemessen (ein Periodeneffekt aufgrund der Eskalation des

¹ Eine Nacherhebung im Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ im August 2006 aus Anlass der militärischen Auseinandersetzung zwischen der israelischen Armee und der Hizbollah im Libanon ergab einen kurzfristigen Anstieg auf das Niveau von 2002 (W. Heitmeyer, Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt a. M. 2006, S. 22). Diese Tatsache und der leichte Anstieg zwischen 2002 und 2003 können als Indiz dafür gelten, dass Eskalationen im Nahostkonflikt zu Periodeneffekten führen, nicht aber zu einer dauerhaften negativen Einstellungsänderung gegenüber Juden, da im Juni 2006 noch ein wesentlich niedrigere Wert gemessen worden war (siehe Tabelle).

Nahostkonflikts, Möllemann-Friedman-Streit), seitdem aber einen Rückgang noch unterhalb der Werte von 2002 festgestellt.²

Item	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Juden haben in Deutschland viel Einfluss	21,6	23,4	21,5	20,9	14,1	15,6
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig	16,6	17,9	17,3	12,9	10,0	17,3

Antworten: Stimme voll und ganz zu/stimme eher zu: in %

Misst man die Einstellungsentwicklung über den Mittelwert der Antworten (4= stimme voll zu, 3=stimme eher zu, 2=stimme eher nicht zu und 1= stimme überhaupt nicht zu), so stieg der Mittelwert zunächst von 1,8 im Jahre 2002 auf 1,9 an, um danach auf 1,8 zurückzugehen (2004 und 2005) und dann 2006 weiter abzusinken (1,6). 2007 ist ein leichter Wiederanstieg zu konstatieren (1,7). Insgesamt muss man diese Einstellungsentwicklung aber als stabil bezeichnen. In den letzten fünf Jahren hat der Antisemitismus auf der Einstellungsebene nicht zu- oder abgenommen.

Ein anderes Bild ergibt sich bei einem Vergleich über zehn Jahre. Der ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage Sozialwissenschaften, durchgeführt vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim) hat 1996 und 2006 die Einstellung zu Juden in zwei Dimensionen erhoben. Die erste Dimension zielt auf das **antijüdische Vorurteil**, dessen Charakter in Deutschland sehr stark vom Umgang mit dem Holocaust geprägt ist und sich insofern von der „Ausländerfeindlichkeit“ unterscheidet. In der zweiten Dimension geht es um Fragen der sozialen Distanz und der rechtlich-kulturellen Integration von Juden und anderen Gruppen.

Die Einstellung zu Juden zeigt zwischen 1996 und 2006 einen leicht negativen Trend: auf dem 1996 entwickelten Antisemitismus-Index waren 1996 18% als antisemitisch eingestuft worden, im Jahr 2006 beträgt der Anteil 22,6%.³ Der Trend ist in

² Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF). Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002 sowie 2003. In: ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt/M., 21. Auch zwei weitere Items, die nicht in die Kurzskala eingehen, zeigen eine negative Veränderung: Die Zustimmung zu dem Statement „Viele Juden versuchen aus der Vergangenheit des Dritten Reiches ihren Vorteil zu ziehen“ stieg von 51,8% auf 54,5%, hingegen stimmten 2003 dem positiven Statement „Ich finde es gut, dass wieder mehr Juden in Deutschland leben“ mit 65,4% weniger zu als 2002 mit 67,7% .

³ Zur Skalenkonstruktion: Von der 7-stufigen Antwortvorgabe (stimme voll und ganz zu bis stimme überhaupt nicht zu) haben wir jeweils die drei Antwortstufen, die in eine antisemitische Richtung weisen, mit Punktwerten versehen: die schwache Zustimmung bekommt einen Punkt, die mittlere zwei

gleichem Maße bei West- wie Ostdeutschen zu verzeichnen. Der Abstand zwischen beiden Gruppen hat sich leicht verringert, doch liegt nach wie vor der Anteil antisemitischer Einstellter im Westen deutlich höher (W: 1996: 21,3% 2006: 25,1%, O: 1996, 11,3%, 2006: 17%). Die tendenzielle Annäherung könnte damit zu tun haben, dass in der jüngsten Alterskohorte der 18-29jährigen der Anteil der Antisemiten unter den Ostdeutschen erstmals höher liegt als bei den westdeutschen Altersgenossen (15,5% zu 10,6%), während für alle anderen Kohorten gilt, dass mit zunehmendem Alter der Abstand zwischen West- und Ostdeutschen zunimmt und bei den über 60jährigen 16,7 Prozentpunkte beträgt. Während also im Westen ein signifikanter Zusammenhang zwischen Alter und der Einstellung zu Juden besteht (30-44 Jahre: 16,1%, 45-59 Jahre: 29,9% und über 60 Jahre: 36,4%), gilt dies für die Ostdeutschen nicht durchgängig (30-44 Jahre: 11,5%, 45-59 Jahre: 19,6% und über 60 Jahre: 19,7%). Hier wirkt offenbar die antifaschistische Orientierung der DDR nach, die nun in der jüngsten Nachwendekohorte an Einfluss verliert. Eine Rolle könnte auch das andere Bildungssystem gespielt haben. Anders als unter den Westdeutschen ist auch der Zusammenhang mit dem Bildungsabschluss geringer: Während der Anteil an Antisemiten bei Ost- und Westdeutschen mit hohem Bildungsabschluss nahezu gleichgroß ist, wächst die Differenz bei Personen mit Hauptschulabschluss auf 11,4% an (W: 35,1%, O:23,7%).

Trotz aller öffentlichen und schulischen Beschäftigung mit dem Holocaust ist der Anteil der Befragten, der Scham über die Verbrechen von Deutschen an den Juden äußert, im letzten Jahrzehnt nicht größer geworden (76%, 1996: 78%). Wer über die Verbrechen nicht beschämt ist (15%), zeigt signifikant häufiger antisemitische Einstellungen, doch ist das Eingeständnis der Scham über den Holocaust bei einem Teil der Befragten kein Hindernis, antisemitische Einstellungen hegen, etwa den Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung zuschreiben (Westdeutsche: 20%, Ostdeutsche 16%) oder zu meinen, diese „nutzen die Vergangenheit zu ihrem Vorteil aus“ (Westdeutsche 52%, Ostdeutsche: 40%). Auch die Vermutung, „Juden haben auf der Welt

und die starke Zustimmung drei Punkte. Da die Skala aus drei Fragen besteht, erhalten wir zehn Abstufungen von 0 (keine Zustimmung) bis maximal 9 Punkte. Die Frage, wo auf der Skala die Grenze zwischen Antisemiten und Nicht-Antisemiten gezogen werden soll, liegt im Ermessen des Wissenschaftlers. Eine dreimalige schwache Zustimmung wird in diesem Fall noch nicht als Zeichen einer antisemitischen Einstellung gewertet (0-3 Punkte), erst wenn ein Befragter mehr als drei Punkte bekommt, wird er als antisemitisch eingestuft. 2006 liegt der Anteil bei mehr als 4 Punkten bei 17,1%, bei mehr als 5 bei 12,5%.

Eine NFO-Infratest-Umfrage vom Juni 2002 hat wiederum bei identisch wiederholten Fragen aus dem Jahr 1991 noch einen leichten Rückgang antisemitischer Einstellungen festgestellt: Die Juden sind mitschuldig, wenn Sie gehasst und verfolgt werden“: 1991 stimmten 32 zu, 2002 waren es 29%.

zuviel Einfluss“ findet bei fast einem Drittel der Deutschen Zustimmung (W:35%, O:24%).

Insgesamt hat sich an der **sozialen Distanz** zu Juden zwischen 1996 und 2006 kaum etwas geändert, wobei die Tendenz ganz leicht ins Negative geht. Ostdeutsche zeigen etwas häufiger soziale Distanz, doch sind die Ost- und West-Unterschiede minimal (2-4 Prozentpunkte). Die Antwortverteilungen zeigen, dass 1996 und 2006 gegenüber deutschen Juden bei den gewählten Vergleichsgruppen (Italiener, Türken, deutschstämmige Aussiedler, Asylbewerber) nach den Italienern die geringste soziale Distanz geäußert wird. Die Tatsache, dass in der Frage nach Lebensstilunterschieden gegenüber Juden und Italienern nur ca. ein Fünftel Unterschiede ausmacht, während dies über zwei Drittel gegenüber Türken und Asylbewerbern tun, spricht für einen hohen Grad an sozialer Akzeptanz und Unauffälligkeit. In beiden Umfragen deutet auch der ausgesprochen hohe Anteil der „Weiß nicht“-Antworten auf die Frage nach Lebensstilunterschieden von Juden (über 20% - bei den andern Gruppen: 3,6% - 7,5%.) darauf hin, dass offenbar wenig konkrete Alltagserfahrungen existieren. Die Äußerung sozialer Distanz zu Juden korreliert in allen Dimensionen signifikant mit antisemitischen Einstellungen, so finden sich unter denjenigen, die Juden als Nachbarn unangenehm finden, 39,5% Antisemiten, unter denen, die Juden als Nachbarn akzeptieren nur 13,7%, d.h. aber auch, dass 60% Juden als Nachbarn ablehnen, ohne das eine erkennbare antisemitische Einstellung dahinter steht. Irritierend sind die Antworten auf die Frage nach den „gleichen Rechten“ für die fünf Gruppen. Die Ablehnung im Fall von Asylbewerbern (60%) und Türken (43%) als Zuwanderer mit überwiegend nicht-deutscher Staatsangehörigkeit ist erklärlich, jedoch werden auch den „in Deutschland lebenden Juden“ von 25% keine gleichen Rechte zugebilligt. Im Fall der ebenfalls gleichberechtigten Aussiedler sind es sogar 29%. Obwohl ausdrücklich danach gefragt wird, ob die in Deutschland lebenden Juden ... die gleichen Rechte *wie den übrigen Deutschen*“ haben sollten, werden sie von fast einem Viertel der Bevölkerung nicht als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt. Auch hier besteht ein signifikanter Zusammenhang mit antisemitischen Einstellungen. Aber auch hier gilt, dass unter den Befragten, die gleiche Rechte für Juden ablehnen, zwar überdurchschnittlich viele eine antisemitische Einstellung haben, doch auch 63,5% ohne nachweisbare antisemitische Einstellungen dies ablehnen. Dies wäre sicher ein Thema, an dem Aufklärungsarbeit darüber nötig wäre, dass es

sich bei den „in Deutschland lebenden Juden“ ganz überwiegend um gleichberechtigte deutsche Staatsbürger handelt.

Antisemitische Einstellungen treten bei Personen selten isoliert auf, sie sind zumeist Teil eines Einstellungssyndroms. Wer feindselig gegen Juden eingestellt ist, ist häufig auch rassistisch, fremdenfeindlich, sexistisch und hegt Vorurteile gegen Homosexuelle, Behinderte und Angehörige von sozial schwachen Gruppen. Dieses Einstellungssyndrom, für das man neuerdings der Oberbegriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ verwendet,⁴ ist typisch im Rechtsextremismus zu finden, in dem es verbunden mit Autoritarismus, Nationalismus, antidemokratischen und pronazistischen Haltungen auftritt, doch findet es sich mehr oder weniger häufig auch in Verbindung mit anderen politischen Einstellungen.

Was die Erklärung der Ursachen des heutigen Antisemitismus angeht, so weisen multivariate Analysen (Regressionsanalysen) auf eine Diffusität der Ursachen hin. Die größte Erklärungskraft besitzen Faktoren, die eher auf der Ebene von Ideologie und Wertorientierungen liegen (rechte politische Orientierung, konservative Wertorientierungen, vor allem Nationalstolz und autoritäre Folgebereitschaft) und die in Verbindung mit Generationseffekten auf die Bedeutung nationalsozialistischer Erziehung und die Tradierung von Vorurteilen hinweisen. Wer sich hingegen verfassungs- und wirtschaftspatriotisch mit den Leistungen der Demokratie, innergesellschaftlicher Vielfalt und mit den sozialen Sicherungssystemen identifiziert, zeigt seltener antisemitische Einstellungen.⁵ Die Erfahrung oder Befürchtung einer ökonomischen Krise hat nur schwachen Einfluss auf die Einstellung zu Juden. Eine gewisse Rolle spielt bei den Westdeutschen die Haltung gegenüber der Demokratie. Werden liberale Werte abgelehnt und ist man mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden (Politik- oder Systemverdrossenheit), so korreliert dies positiv mit einer Ablehnung von Juden. Es handelt sich also nicht um eine demokratische Oppositionshaltung, son-

⁴ Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt am Main 2002; Folge 2, Frankfurt am Main 2003.

⁵ Thomas Blank und Peter Schmidt fanden zwischen einem so definierten Patriotismus und Antisemitismus negative Korrelationen (-.17 bei den Westdeutschen, -.21 bei den Ostdeutschen), während zwischen Nationalismus und Antisemitismus ein hoher positiver Zusammenhang besteht (.56 bzw. .46) (Konstruktiver Patriotismus im vereinigten Deutschland? Ergebnisse einer repräsentativen Studie in den neuen und alten Bundesländern, in: Amelie Mummendey (Hrsg.), Identität und Alterität, Bern 1997, S.127-148); Aribert Heyer und Peter Schmidt haben diese Ergebnisse auf der Basis der Daten aus dem Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ kürzlich bestätigen können. Der Zusammenhang von Patriotismus und Antisemitismus war wiederum negativ (-.20 im Westen, -.16 im Osten), hingegen mit Nationalismus positiv (.38 im Westen, .35 im Osten) (Deutscher Stolz. Patriotismus wäre besser, in: W. Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Folge 1, 2002, S.71-82, Abb. 1

dem um prinzipielle Vorbehalte gegen die demokratische Regierungsform (so dass diese Haltung wieder in den Bereich der Ideologie gehört). Für die Ostdeutschen besteht dieser Zusammenhang nicht. Großes Gewicht besitzt bei den Ostdeutschen der Faktor Nationalstolz: da sie sich sehr häufig als Bürger 2. Klasse fühlen, bietet eine Überbewertung der Eigengruppe verbunden mit der Abwertung der „nichtzugehörigen“ Ausländer hier einen gewisse Kompensation.

Situative Einflüsse, wie Probleme des Arbeitsmarktes, mobilisieren vor allem fremdenfeindliche Einstellungen, die Haltung zu Juden wird von Verteilungskonflikten direkt weniger berührt. Allerdings gibt es einen indirekten Zusammenhang. Krisen begünstigen, wie die Erfolgsphasen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zeigen, Rechtsparteien, die primär das Ressentiment gegen Ausländer benutzen, aber sekundär in ihrem ideologischen Programm auch antisemitische, geschichtsrevisio-nistische Aussagen verbreiten. Antisemitische Überzeugungen sind eng verbunden mit pronazistischen sowie nationalistischen Einstellungen, da der Mord an den europäischen Juden die größte Hürde für ein positives Selbst- und Geschichtsbewusstsein sowie eine nationalistische Politik bildet und man ihm mit Strategien des Verschweigens, Relativierens oder Aufrechnens seine Bedeutung zu nehmen sucht.

In den letzten Jahren hat es allerdings eine Reihe von politischen Ereignissen und Entwicklungen gegeben, die einerseits offenbar die Einstellung zu Minderheiten generell verschlechtert haben,⁶ und andere, die sich negativ auf das Verhältnis zu Juden ausgewirkt haben. Zu ersteren sind die immer spürbarer werdenden Auswirkungen der Globalisierung auf die wirtschaftlichen und kulturellen Anforderungen (Druck auf dem Arbeitsmarkt, PISA) zu zählen, die insbesondere in Deutschland zu einer andauernden Diskussion über den Umbau des Sozialstaates, über Bildungsreformen usw. geführt haben, so dass sich große Teile der Bevölkerung verunsichert fühlen.⁷ Diese Verunsicherung durch den spürbaren Wandlungsdruck (Anomie) begünstigt die Übernahme antisemitischer Einstellungen. In die gleiche Richtung wirkt die Verunsicherung durch den islamistischen Terrorismus und den Irak-Krieg, der in den westlichen Ländern die Bereitschaft, an Verschwörungstheorien zu glauben, deutlich

⁶ Dazu die Befunde des Projekts „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, Heitmeyer, Deutsche Zustände, 2003.

⁷ Es dürfte kein Zufall sein, dass der CDU-Abgeordnete Hohmann in seiner antisemitischen Rede am 3. Oktober 2003, zunächst ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Krisenszenario für die Bundesrepublik entworfen hat. Für die Krise machte er die „Kraft- und Mutlosigkeit“ der Deutschen verantwortlich und sah deren Ursache in der historischen Bürde der Erinnerung an die NS-Verbrechen, die nach seiner Lesart den Deutschen primär von den Juden aufgebürdet werde.

erhöht hat. Es ist kein Zufall, dass diese Theorien oft eine antijüdische Färbung haben, gehören Weltverschwörungsphantasien doch nicht erst seit der Verbreitung der „Protokolle der Weisen von Zion“ zum Kernrepertoire des Antisemitismus. Die hohe Zustimmung zu Statements, in denen nach internationaler jüdischer Macht gefragt wird, belegt das Fortwirken dieses alten antijüdischen Stereotyps von der latenten Macht der Juden.

Seit der Eskalation des Nahostkonflikts mit der sog. Zweiten Intifada steht die Politik Israels in der öffentlichen Kritik, die nicht immer frei von antisemitischen Untertönen ist. Diese Politik dient vor allem in Deutschland (aber auch in anderen europäischen Ländern) für manche als ein (willkommener) Anlass, mit Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen, Besatzungspolitik und Rassismus den Opferstatus der europäischen Juden zu relativieren. Entsprechend wird die Bezugnahme auf den Holocaust seitens der Juden zunehmend weniger akzeptiert. In Deutschland stimmten 2002 58% dem Statements zu: *Die Juden sprechen immer noch zu viel über das, was ihnen im Holocaust geschehen ist.*⁸ Fast 70% der Befragten gaben 2003 sogar an, sich darüber zu ärgern, „dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden“. Hier deutet sich an, dass die deutsche Bevölkerung weit über den rechten Rand hinaus eine „Dauerrepräsentation unserer Schande“ ablehnt.⁹

**„Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus“
(Antworten in %) ¹⁰**

Jahr	stimme vollkommen zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	k. A./weiß nicht
1990	11	28	27	15	20
1994	15	24	27	13	18
2002	20	32	20	10	18

Die Juden werden als „Störenfriede der Erinnerung“ betrachtet und damit selbst zu Produzenten des Antisemitismus gemacht, denn wenn die Juden ihre Ansprüche an

⁸ Anti-Defamation League, European Attitudes, 2002.

⁹ Heitmeyer hat besonders hervorgehoben, dass diese Einstellung inzwischen sogar von denen, die sich in der politischen Mitte (70,8%) oder gar links davon einstufen (eher links: 61,7%, links 57,1%) mehrheitlich vertreten wird (Frankfurter Rundschau 12.12.2003). Am rechten Rand ist diese Einstellung mit 86,3% natürlich noch weitaus häufiger anzutreffen. Auffallend ist auch, dass sich hinsichtlich dieser Frage keine signifikanten Geschlechts-, Ost-West- und Altersdifferenzen zeigen.

¹⁰ Die Daten stammen aus drei vom American Jewish Committee in Auftrag gegebenen Studien (Jodice, United Germany and Jewish Concerns, 1991; Golub, Current German Attitudes, 1994, AJC, Die Einstellung der Deutschen, 2002), die jeweils mit der identischen Fragestellung und Antwortvorgabe gearbeitet haben. Dass der Anstieg im Jahre 2003 kein Zufallsergebnis ist, belegen die Antworten auf die ganz ähnlich formulierte Frage in der Studie „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“: Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen“: 2002 stimmten 51,8% voll bzw. eher zu, 2003 waren es 54,5%.

die Erinnerung der Verbrechen aufgeben und sich mit den Deutschen versöhnen, dann würde man auch seine negativen Einstellungen ihnen gegenüber aufgeben. Dieser Logik folgen viele der Briefe an den Zentralrat der Juden, die kürzlich von Wolfgang Benz ausgewertet worden sind.¹¹ Ihre Verfasser sind keineswegs nur Rechtsradikale, viele Briefschreiber stammen vielmehr aus gutbürgerlichen Verhältnissen; zu ihnen zählen Professoren, Ärzte, Unternehmer usw., und zählen sich zur demokratischen Mitte. Der Hass gegen die Juden wird als eine „ganz normale Antwort auf das von ihnen provozierte und herausgeforderte Verhalten“ interpretiert, da sich die Deutschen in immer kürzeren Abständen immer öfter Erinnerungen an vergangene Zeiten von ihnen anhören müssten, die meistens mit hohen Geldforderungen verbunden seien. In diesen Schreiben lässt sich ein Überdruß der Autoren an historischer Belehrung erkennen, an Kritik und an fortgesetzten Hinweisen auf antijüdische Vorkommnisse und Phänomene vonseiten der Juden. Für viele der Briefschreiber verhindern die Juden durch ihre „Erinnerungspolitik“ eine positive nationale Identifikation der Deutschen. Sie erscheinen geradezu als die Verkörperung unerwünschter verdrängter Erinnerungen und deutscher Schuld. So werden in zahlreichen Briefen an den Zentralrat „die Juden“ zu einer „unantastbaren Moralinstitution“ stilisiert, welche die Deutschen aburteilt und letztendlich eine „Erziehungsdiktatur“ errichtet, um ihnen „ein schlechtes Gewissen einzureden“.

Diese Ablehnung einer Verantwortung auf Grund der deutschen Vergangenheit könnte sich abschwächend auf die Tabuisierung des Antisemitismus auswirken, so dass antisemitische Einstellungen möglicherweise offener geäußert werden als früher – und dies nicht nur am rechtsextremen Rand der Gesellschaft.

¹¹ Wolfgang Benz, *Was ist Antisemitismus?* München 2004